

Informationsblatt nach Art. 13 der
Datenschutz-Grundverordnung bei
Videoüberwachung



**Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und
ggf. seines Vertreters:**

Abwasserverband Starnberger See
Am Schloßhözl 25
82319 Starnberg

E-Mail: info@av-sta-see.de; Telefon: 08151/44545-0

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (sofern vorhanden):

GKDS Gesellschaft für kommunalen Datenschutz mbH,
Hansastr. 12-16, 80686 München, E-Mail: kontakt@gkds.bayern,
Telefon: 089/54758-0

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Wahrnehmung des Hausrechts, Schutz des Dienstgebäudes,
Zutrittskontrolle, Geltendmachung von Ansprüchen, Verfolgung von
Straftaten; Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e und f DSGVO i. V. m. Art. 24 BayDSG.
Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass überwiegende
schutzwürdige Interessen betroffener Personen verletzt werden.

Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

Siehe oben.

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Videokameras am Tor und am Werkstattgebäude: 5 Tage
Videokameras an der Türsprechanlage: Keine Aufzeichnung

**Empfänger oder Kategorien von Empfänger der Daten (sofern
Datenübermittlung stattfindet):**

Ggf. Rechtsanwälte und Strafverfolgungsbehörden

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Bayern ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Bayerischer Landesbeauftragte für den Datenschutz, Postfach 22 12 19, 80502 München, Tel.: 089 212672-0, Fax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de